

MITTAGSPOST

17.01. Ausgabe 01/2020

Fraktion

Ich hoffe, es waren für alle Leserinnen und Leser erholsame Feiertage, die Sie/Euch mit frischer Energie in das neue Jahr starten lassen. Wir sind hier im Bundestag jedenfalls gleich richtig durchgestartet mit einer 2-tätigen Klausurtagung der Fraktion in der vergangenen Woche und anschließend der 1. Plenarwoche des Jahres 2020.

In der Fraktion hat uns unser Vorsitzender Rolf Mützenich seine Sicht der Lage zu **Steuersenkungen** dargelegt. Er fordert, die Steuern zum derzeitigen Zeitpunkt nicht zu senken, sondern lieber den Rekordüberschuss des Bundes zu nutzen, um kluge Investitionen vorzunehmen: Schulen, Straßen, Nahverkehr, Kommunen in Not—die Liste, wo dringend investiert bzw. entlastet werden müsste, ist lang. Rolf hat auch dafür plädiert, dass die Länder sich in der Debatte um Altschulden und deren Erlass verstärkt beteiligen müssten, denn der Bund zahle nicht von allein. Außerdem hat Außenminister Maaß das Wort ergriffen, zum Thema Nahost. Im Vorfeld des **Libyen-Gipfels in Berlin** am Sonntag hat Heiko über den Sachstand der Verhandlungen informiert. Es werden alle beteiligten Länder/Organisationen mit am Tisch sitzen: die UNO, General Haftar und Vertreter der Libyschen Regierung, die Türkei, Ägypten, die VAE, die afrikanische Union, und die arabische Liga. Im Grunde steht die Vereinbarung, sie muss nur noch verabschiedet werden und die Beteiligten müssen sie bei ihren Ländern/Organisationen auch durchsetzen.

Plenum

Am Donnerstag wurde eine neue gesetzliche Grundlage für **Organspenden** geschaffen, um die Spenderzahlen zu erhöhen. Zur Abstimmung standen zwei konkurrierende Gesetzentwürfe, die jeweils von Abgeordneten verschiedener Fraktionen unterstützt wurden.

Eine Mehrheit fand sich für



die Zustimmungslösung, bei der man sich aktiv als Spender aussprechen muss und regelmäßig von den Behörden über das Thema informiert wird. Die doppelte Widerspruchslösung, für die ich gestimmt habe, bekam leider nicht genug Stimmen. Hier wäre jeder automatisch Spender gewesen, wenn er/sie nicht ausdrücklich widerspricht (negativer Organspendeausweis oder Aussage der Angehörigen gegenüber dem Arzt). Wir werden sehen, ob die Spendebereitschaft durch das neue Gesetz steigt. Bis dahin geht für die Patienten leider noch viel Zeit ins Land.

Außerdem wurde diskutiert, wie wir die Zuverlässigkeitsprüfung von Menschen in der Luftverkehrssicherheit verbessern können. Meine Rede dazu ist [hier](#) zu finden.

ZÖS



Das **Zukunftsforum öffentliche Sicherheit (ZÖS)** ist eine einzigartige Einrichtung, die Politik, Forschung und Sicherheitsunternehmen an einen Tisch bringt, um zukunftsfähige Sicherheitslösungen zu erar-

beiten—z. B. im Katastrophenschutz. Am Montag wurde ich zur Beiratsvorsitzenden des ZÖS ernannt. Dieses Amt werde ich für ein Jahr innehaben und freue mich schon sehr auf die spannende, nach vorn gerichtete Arbeit.

Wie aktuell der Themenbereich ist, zeigt die öffentliche Anhörung, die wir ebenfalls am Montag hier im Hohen Haus abgehalten haben zum Thema „Vorsorgestrukturen ausbauen, Ehrenamt stärken“. Da ging es vorrangig um THW und Feuerwehr, also Helfer im Ernstfall.

Parlamentskreis

Schweden ging als erstes Land den Weg, Männer strafbar zu machen dafür, dass Sie bei Prostituierten Sex mit Geld erkaufen. Ob das ein gangbarer Weg ist, um Menschenhandel und **Prostitution** einzudämmen, darüber haben wir Dienstag in einer fraktionsübergreifenden Runde mit den schwedischen Botschaftern Per Thörsson und Per-Anders Sunnesson gesprochen. Eine wichtige Debatte! Die im besten Fall in ein ausgewogenes Urteil über die künftige rechtliche Ausgestaltung von Prostitution mündet.

Grüne Woche beginnt

Die gesellschaftlichen Ansprüche an die europäische und deutsche Landwirtschaft sowie wissenschaftliche Erkenntnisse zu Klimawandel und Artenvielfalt werden zu einem veränderten Wirtschaften der landwirtschaftlichen Betriebe führen. Donnerstagabend hat die SPD dazu eingeladen, darüber zu diskutieren, welchen Rahmen wir politisch setzen müssen, um landwirtschaftlichen Familienbetrieben die Chance zu geben, die Zielkonflikte zu bewältigen und weiterhin optimistisch in die Zukunft zu schauen.

Die Eröffnung der Grünen Woche (IGW) am Donnerstagabend spiegelt sich auch im Parlament wieder. Zahlreiche Anträge zu Agrarthemen wie den Schutz von bäuerlichen Betrieben, Gentechnik und die Zukunftsfähigkeit landwirtschaftlicher Betriebe wurden in drei Diskussionsblöcken beraten.

Am Samstag werden meine SPD-Kollegen und ich uns auf der Demonstration „Wir haben es satt!“ für eine nachhaltigere Landwirtschaft einsetzen. Wir fordern ein Umsteuern und wollen mehr Tier-, Umwelt- und Klimaschutz im Agrarsektor.



Experten aus der Praxis sowie von EU- und Bundesebene diskutieren über die EU-Agrarpolitik. Dr. Matthias Miersch (rechts) eröffnet die Diskussion.

Auf der IGW bin ich nächsten Donnerstag zu vielen Gesprächen mit Vertretern unserer Region und der Nutztierbranche verabredet.